



CONCOURS ARTS ET MÉTIERS ParisTech - ESTP- ARCHIMEDE

Épreuve de Langue Vivante MP - PC - PSI

Durée 3 h

Si, au cours de l'épreuve, un candidat repère ce qui lui semble être une erreur d'énoncé, d'une part il le signale au chef de salle, d'autre part il le signale sur sa copie et poursuit sa composition en indiquant les raisons des initiatives qu'il est amené à prendre.

Pour cette épreuve, l'usage des machines (calculatrices, traductrices,...) et de dictionnaires est interdit.

Les différents sujets sous forme d'un fascicule sont présentés de la manière suivante :

Pages 2 à 4	Allemand
Pages 5 à 7	Anglais
Pages 8 à 10	Arabe
Pages 11 à 13	Espagnol
Pages 14 à 16	Italien
Pages 17 à 19	Portugais

Vous rédigerez dans la langue choisie et en 400 mots une synthèse des documents proposés. Vous indiquerez avec précision à la fin de votre synthèse le nombre de mots qu'elle comporte. Un écart de 10% en plus ou en moins sera accepté. Votre synthèse comportera un titre comptabilisé dans le nombre de mots.

Le candidat a obligation de traiter le sujet dans la langue qu'il a choisie au moment de son inscription au concours.

Tournez la page S.V.P.

ALLEMAND

Vous rédigez en allemand et en 400 mots une synthèse des documents proposés. Vous indiquerez avec précision à la fin de votre synthèse le nombre de mots qu'elle comporte. Un écart de 10% en plus ou en moins sera accepté. Votre synthèse comportera un titre comptabilisé dans le nombre de mots.

DOCUMENT 1

Atomausstieg in Deutschland: Die notwendige Wende

Die Reaktion war erwartbar: Die Chefs der deutschen Industriekonzerne, insbesondere der Stromversorger, nörgeln an der Entscheidung der Bundesregierung für einen beschleunigten Atomausstieg herum. Das haben sie schon vor dem Beschluss getan, und das werden sie wohl noch eine Weile lang tun. So lange bis auch die Firmenleiter begreifen, welche riesigen Chancen sich in einer Welt bieten, in der man als *first mover* auf regenerative Energie gesetzt hat und deshalb bei der zugrundeliegenden Technologie der Marktführer ist. [...]

Der Ausstieg bietet enorme Chancen, wenn er als Umstieg verstanden wird, ja als Einstieg in das potentiell auch ökonomisch lohnende Solarzeitalter. Wenn es richtig angepackt wird, bildet Deutschland die Avantgarde bei einer Wende, die jede Nation der Erde aufgrund der Beschränktheit dieses Planeten irgendwann vollziehen muss. Eine Wende, die am Ende nicht nur Schluss macht mit deutschen Kernkraftwerken, sondern überhaupt mit rohstoffverbrennender Energie. [...]

Das exakte Ausstiegsdatum ist weniger wichtig als die begleitenden, viel größeren Aufgaben. Deutschland muss den eigenen Energieverbrauch nun effizienter gestalten und den bereits umfangreichen Anteil regenerativer Energie weiter erhöhen, [...] dabei geht es um moderne Hochtechnologie.

Mit fast 18 Prozent Ökostrom liegt Deutschland bereits heute vor vielen anderen entwickelten Ländern. Sollte der Anteil steigen wie in den vergangenen Jahren, wird sich der Wegfall der Kernkraftwerke in der angestrebten Dekade bis 2021 ausgleichen lassen. Zumal wenn das Bewusstsein für effizienten Energieverbrauch in Haushalten und Fabriken steigt. Zweifellos bleiben gewaltige Herausforderungen. Zum Beispiel wird die Stromerzeugung aufgrund der wechselnden Windstärken und der oft sonnenarmen Tage in Deutschland stark schwanken. Neue Infrastruktur, die Strom zwischenspeichert und intelligent verteilt, ist daher nötig.

Mit Hochdruck arbeiten Ingenieure bereits an *smart grids*, engmaschigen Stromnetzen, die Energie effizient und punktgenau von den Quellen zu den Verbrauchern bringen. Einige Techniken zum kurzfristigen Zwischenspeichern von Energie erscheinen derzeit noch bizarr: künstliche Badeseen zum Beispiel, die nach Wasserstand Energie aus Windrotoren aufnehmen oder abgeben. [...]

Patrick Illiger, die Süddeutsche Zeitung, 31.05.2011

Sprachliche Hilfen:

Herum-nörgeln: (hier) protestieren

Die Wende: der Umstieg, die Politikänderung

DOCUMENT 2

„Abenteuerlich für ein Industrieland“

Für die deutsche Industrie ist der beschlossene Atomausstieg bis 2022 eine kalte Dusche. Die regierende Koalition verständigte sich auf einen festen Zeitpunkt für das endgültige Ende der Atomenergie in Deutschland – und ließ wenig Spielraum für eine Revision dieser Entscheidung. [...] Nun werden acht Atomkraftwerke geschlossen. [...]

Noch vor dem nächtlichen Beschluss der Regierung hatte der Bundesverband der Deutschen Industrie Front gegen einen Atomausstieg mit festem Datum gemacht: Ein Atomausstieg ohne Netz sei eine abenteuerliche Vorstellung für ein hochentwickeltes Industrieland.

Als einer der ersten Industrievertreter kritisierte Daimler-Vorstandschef Dieter Zetschke den Beschluss der Bundesregierung: „Es gibt einige Risiken für den Industriestandort Deutschland. Die Abkehr von einer bezahlbaren Energieversorgung ist klar ein Risiko“, sagte der Automanager der Bildzeitung. Die Entscheidungen der Politik nach der Atomkatastrophe in Japan seien „sehr stark von Emotionen geprägt“ gewesen. In einer für das Land so wichtigen Frage wie der Energieversorgung sollten alle Aspekte sehr genau geprüft werden, darunter der Klimaschutz, die Sicherheit und die Kosten, sagte der Daimler Chef dem Blatt weiter. „Das wünsche ich mir von einer guten Regierung“. [...]

Der Energiekonzern RWE will den rechtlichen Weg gehen. Gegen das Atom-Moratorium, das bereits im März wegen des Desasters im japanischen Atomkraftwerk Fukushima verhängt wurde, geht der Versorger bereits als einziger Branchenvertreter vor Gericht vor.

Die übrigen Atomkraftwerksbetreiber reagierten zunächst zurückhaltend auf den Beschluss der Bundesregierung. Ein EON Sprecher betonte, das Unternehmen müsse die Entwicklung zunächst analysieren. [...]

Von der ausländischen Atomindustrie musste sich die deutsche Regierung unterdessen klarere Kritik anhören: „Das ist eine rein politische Entscheidung“, sagte die Chefin des französischen Atomkonzerns Areva, Anne Lauvergeon, dem Sender BFM Radio.

„Es gab weder eine Volksabstimmung noch eine Befragung der öffentlichen Meinung, auch wenn sich in Umfragen die Emotion der Deutschen zeigte“, fügte sie hinzu. Sie zeigte sich skeptisch, dass Deutschland bei dieser Entscheidung bleibe. Bis 2020 kann noch viel passieren, meinte die Managerin, die den Spitznamen „Atomic Anne“ trägt. Bereits habe das Abschalten der ersten Reaktoren zu höheren Stromkosten geführt.

Die Süddeutsche Zeitung, 30.05.2011

DOCUMENT 3

Deutschlands Stromfresser wappnen sich für die Energiewende

Der Ausstieg aus der Atomkraft erfordert massive Investitionen in Öko-Energien, Strom wird dadurch wohl teurer. Einige Branchen, wie die Stahl- und Aluminiumindustrie, trifft das besonders hart. [...]

Die Halle im Essener Stadtteil Bergeborbeck ist ein Alptraum für Energiesparer. Auf 720 Metern Länge reihen sich 120 Öfen aneinander. Mehr als eine Tonne Aluminium produziert jeder davon täglich. Und gleich nebenan laufen in zwei weiteren Hallen noch mal 240 Öfen auf Hochtouren. Per Elektrolyse wird unter riesigem Energieaufwand Aluminiumoxid in Sauerstoff und Aluminium zerlegt.

Deshalb ist die Firma Trimet nach der Deutschen Bahn der größte Stromverbraucher Deutschlands. Jährlich verbraucht der Aluminium Hersteller in seinen Hütten in Hamburg und Essen rund 4,6 Terawattstunden Strom – genauso viel wie 1,3 Millionen Drei-Personen Haushalte.

Wenn bei Trimet ein paar Stunden der Strom ausfallen würde, käme dies einer Katastrophe gleich. „Nach vier Stunden wären unsere Anlagen zerstört“, sagt der Vorstandsmitglied Martin Iffert. Energie sichert die Existenz des Unternehmens – die von der Regierung geplante Energiewende könnte deshalb für Trimet zur Überlebensfrage werden. Allein der Strompreisanstieg während des dreimonatigen Atom - Moratoriums brachte der Firma aufs Jahr umgerechnet 40 Millionen Zusatzkosten.

Bedeutet das also, dass Firmen wie Trimet verschwinden werden und ganze Branchen bald nicht mehr in Deutschland produzieren werden?

Die Trimet manager wollen den Standort Deutschland nicht aufgeben. [...] Deshalb will sich die Aluminiumbranche bei der Energiewende einen Namen als nützliche Branche machen. Das Credo: Trimet ist kein Problem der Energiewende. „Wir sind die Lösung“, sagt Iffert.

Denn Trimet könnte zur Netzstabilität beitragen. Das Unternehmen braucht regelmäßig und viel Strom – deshalb ist es wichtig für die Grundlast der Netze. Wenn der Energiebedarf in Deutschland besonders hoch ist, könnte Trimet bis zu zwei Stunden die Produktion ausschalten und das Netz entlasten. [...] Dies will sich Trimet künftig vom Staat bezahlen lassen – und so die Kosten für höhere Strompreise ausgleichen.

Gut 20 Kilometer vom Trimetsitz in Essen entfernt heißt das Motto Unabhängigkeit. In Duisburg produziert ThyssenKrupp seit 1891 Stahl. Das Werk mit mehr als 12000 Mitarbeitern ist eine Welt für sich und hat sein eigenes Energiesystem. Dessen Chef ist Jürgen Hoffmann und wenn er von Energiewende spricht, wirkt er entspannt. Stolz präsentiert er auf einem Schaubild das Energieverbundsystem, das dem Werk in Duisburg eine nahezu autarke Versorgung liefert. Die Energie liefern Gase, die bei der Stahlgewinnung entstehen. Zwei Kraftwerke erzeugen bis zu 700 Megawatt Leistung. Nur fünf Prozent des Gasbedarfs kommt aus Erdgas von externen Versorgern.

Der Energieverbund produziert sogar so viel Strom, dass das Unternehmen einen Teil davon verkaufen kann. Sie können 5 000 Haushalte mit Fernwärme versorgen. „Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir die Energiewende auch als Chance nutzen und vermarkten können“, sagt Hoffmann; Er und sein Team machen sich schon Gedanken, wie die Kraftwerke noch effizienter werden können und wie Energie gespeichert und nach Bedarf abgerufen werden kann. [...]

Nach Maria Marquant, Siegel online, 20.07.2011

Sprachliche Hilfen:

Die Hütte: (hier) das Stahlwerk

Die Grundlast: der Basisverbrauch

ANGLAIS

Vous rédigerez en anglais et en 400 mots une synthèse des documents proposés. Vous indiquerez avec précision à la fin de votre synthèse le nombre de mots qu'elle comporte. Un écart de 10% en plus ou en moins sera accepté. Votre synthèse comportera un titre comptabilisé dans le nombre de mots.

DOCUMENT 1

University admissions could create two-tier system, committee warns

Government plans to transform the way universities recruit students risk creating a two-tier system that could hit social mobility, a committee of MPs warns [...]. Currently, English universities have a fixed yearly allocation of student places, but the coalition proposes to let institutions take on unlimited numbers of the best-performing students. But the government has also announced that 20,000 places will be set aside for universities charging fees of £7,500 or less. The business, innovation and skills select committee warns that the proposals will channel more students – particularly those with low grades – into "a low-cost model of higher education." The higher education sector could be polarised into "traditional" universities versus a "low-cost" alternative. "This could have undesirable consequences for social mobility if able candidates from lower socio-economic backgrounds felt constrained to choose lower-cost provision," the MPs say. "Further education colleges (and other providers) are capable of offering excellent low-cost and high-quality provision, but they may not offer the same experience as a student might receive in a traditional university."

The report urges ministers to monitor the social mix at universities and take swift action if a two-tier sector emerges. The select committee's inquiry heard evidence that "mid-ranking" universities faced the greatest difficulties because they are likely to lose high-performing students to more prestigious institutions and cannot bid for extra places under the £7,500 margin.

In response to the proposals, 24 universities and three further education (FE) colleges have applied to lower fees to an average of £7,500 or less, the Office for Fair Access [OFFA] says. The MPs call for a "student premium" like the pupil premium for schools. Nick Clegg, the deputy prime minister, announced a student premium last October. It became a national scholarship scheme aimed at 50,000 students a year, which will provide a package which may include "fee waivers", discounted accommodation or cash.

The MPs' report says that financial support should be focused on providing money for living costs rather than fee waivers which reduce a student's future debt. The MPs said the government had faced difficulties in communicating the changes, and should have handled this better.

"A key aspect of the debate on the increase in tuition fees was disagreements over how much a student would expect to be charged for a university course," the MPs noted. The committee concluded that most new undergraduates next year will be charged a tuition fee of £9,000. Figures published by the OFFA, which vets proposals to widen the social mix at universities, show the average fee across the sector will be £8,393 next year. However, the MPs say that the use of this average is "less helpful and relevant" to students than the most commonly charged fee.

The report urges the government to use the latter figure when publicising the reforms. [...] A wide range of factors affect how likely it is that student loans will be repaid, including the initial size of loans, the proportion of men and women – as male graduates tend to earn more than female graduates – and the future performance of the economy, the MPs said. "Regardless of the arguments both for and against a higher level of student contribution, the financial sustainability of the new system is untested. As a result, an unprecedented level of uncertainty has been introduced into higher education finances with success dependent on a large number of variables over which the government has little control." Adrian Bailey MP, chair of the committee said: "The government's reforms of higher education are wide-ranging and comprehensive. While we welcome the aim to put students at the heart of the system, that ambition will only be realised if the government delivers the reforms on time and as a package."

"The start of the new academic year is less than a year away and many key aspects of the reforms – including vital support for students – are currently out for consultation. The government will have to work overtime to deliver these reforms so that next years' intake of students have the information and support they were promised in exchange for their increased contributions to their education."

Jeevan Vasagar,
The Guardian, November 2011

DOCUMENT 2

Families may “move from England to avoid tuition fee rise”

The rising cost of a university degree in England could create “fee refugees” as parents move to Scotland and Wales to escape huge debts.

An analysis by the Government’s Higher Education Funding Council for England [HEFCE] said families may flee over the border to avoid fees of up to £9,000 in 2012. Parents living “close to the borders” are among those most likely to relocate to another country, it was claimed [...].

A move from England to Scotland could save students as much as £36,000 for a four year degree because of sharp differences in fees policies operated by devolved governments across the UK. The comments came as it emerged that the Scottish Executive could carry out checks on applicants to ensure they are legitimate residents and not attempting to exploit the generous funding system north of the border. From next year, English students will be forced to pay up to £9,000 wherever they study but Scottish undergraduates will be given free tuition. Fees for Welsh students will be fixed at £3,465 and those in Northern Ireland will pay a similar amount, but only if they stay in their own region.

The system has already caused outrage in England, with several students pursuing legal action against the Scottish government amid claims that the fee rises will breach their human rights. The Scottish Conservatives have branded the plans “vindictive” and warned that it would “stir up resentment in the rest of the UK against Scotland”. A paper presented to a HEFCE board meeting warns that there “may be issues with families, particularly those close to the borders, seeking to domicile themselves in Wales or Scotland in order to benefit from favourable fee arrangements.” The report adds: “This could have distortive effects on local economies and housing markets if it occurred with significant numbers.”

Bob Osborne, emeritus professor of public policy at Ulster University, told *Times Higher Education* magazine that if a family “was living 15 miles from the Scottish border then you can see how they might try to wangle it.” But he doubted there was going to be a “mass exodus of people from Surrey to Glasgow.” The Scottish Executive has already said children whose parents move to Scotland for their careers will be eligible for a free university education. But families who seek to exploit the system by buying a home north of the Border will not. A spokesman said the Student Awards Agency for Scotland will decide on a case-by-case basis, with people not living north of the border for long likely to be scrutinised.

The HEFCE paper also warned that there is a “question of affordability” attached to the reforms for devolved administrations. Most countries are committed to subsidising students’ tuition even if they study outside their home country and budgets may be stretched if universities in England put up their tuition fees, it was claimed.

Graeme Paton,
The Daily Telegraph, November 2011

DOCUMENT 3

University fees do not deter school leavers

School leavers have not been deterred from applying to university by the introduction of higher tuition fees this year, although older students do appear to have been put off by the extra costs, interim figures from the University and College Admissions Service [UCAS] suggest.

From October, English universities will be able to charge up to £9,000 a year to undergraduates from the UK and European Union, up from £3,375. The rise has sparked widespread concern that poor students in particular will be discouraged from applying.

The number of British 18-year-olds who have applied to university for 2012 so far is 2.4 per cent lower than last year, the UCAS figures show. According to official population projections, this fall is broadly in line with a demographic decline in the number of people in that age bracket.

However, the interim UCAS figures account for the number of applications received by mid-December and may improve by January 15, the deadline for most courses. Mary Curnock Cook, UCAS chief executive, said: "Evidence of a late surge [...] is now emerging."

"Applicants are taking longer to research their choices but the applications flow has speeded up, as these statistics show. It remains too early to make predictions about the final year on year figures but we will be able to get a clearer picture after the deadline has passed."

Previous increases in fees did not have a sustained impact on application rates, with would-be students continuing to apply in rising numbers.

The decision to raise fees was a stern test of coalition unity: in opposition, the Liberal Democrats had pledged to oppose any fee increases. Demonstrations against the fee rises culminated in an attack by angry protesters on the Conservative party's headquarters in Westminster.

While the rate for younger students appears to be holding steady, the number of older applicants from the UK and abroad fell 13 per cent. This decline reduced the total volume of applications by 6.4 per cent. The number of non-EU applicants, who are not affected directly by the fee cap changes, is up 13.3 per cent.

Looking only at larger subject groups, the largest declines in applications were for the social sciences and social studies, which registered a 12 per cent fall. Applications for medicine, medical and veterinary sciences and the physical sciences were broadly flat.

Les Ebdon, chair of the Million+ universities think-tank and vice-chancellor of Bedfordshire University, said: "Ministers need to launch a campaign to ensure that older students understand the [student] loan system and the opportunities available."

He added: "A failure to do so will overshadow the success the government has had in persuading younger applicants that university remains one of the best career moves that they can make."

Chris Cook,
The Financial Times, January 2012

ARABE

Vous rédigez en arabe et en 400 mots une synthèse des documents proposés. Vous indiquerez avec précision à la fin de votre synthèse le nombre de mots qu'elle comporte. Un écart de 10% en plus ou en moins sera accepté. Votre synthèse comportera un titre comptabilisé dans le nombre de mots.

DOCUMENT 1

مجلة "تايم" الأمريكية تتوج المتظاهرين عبر العالم "شخصية" العام 2011 مجلة "تايم" الأمريكية تختار "المتظاهر" رجل السنة بعد أن طغت الاحتجاجات والمظاهرات في مختلف أنحاء العالم على أبرز أحداث العام ألفين وأحد عشر.

من محتجى شارع الحبيب بورقيبة في تونس الذين فاجأوا العالم بنجاحهم في طرد الرئيس زين العابدين بن علي من السلطة فقط بالتظاهر والعصيان المدني إلى ميدان التحرير في القاهرة الذي حوّلته شباب مصر إلى حلبة أسقطوا فيها الرئيس حسني مبارك، فرعون مصر على حد وصفهم، بالضربة القاضية، مروراً بليبيا التي دفعت ثمنها أعلى للإطاحة بالعقيد معمر القذافي ونظامه، صنع المتظاهرون الحدث وفرضوا أنفسهم على الصفحات الأولى لوسائل الإعلام العالمية.

رئيس تحرير مجلة "تايم" يشرح سبب اختيار المتظاهر "شخصية العام" قائلاً:

"لأن خلال العشرين أو الخمس والعشرين سنة الماضية، خلال جيل كامل تقريباً، لم يعد الناس يؤمنون بالاحتجاجات كوسيلة فعالة لتغيير النظام السياسي. فجأة، انفجرت احتجاجات جماهيرية عالمية مناهضة لاستبداد الأسواق عبر كل أنحاء الكرة الأرضية وكأنها جاءت من العدم. عدة أنظمة ترنحت وسقطت حتى الآن. في روسيا أو في لندن، في وول ستريت كما في الشرق الأوسط، فجأة تحولت الاحتجاجات إلى أداة في يد الجماهير لاسترداد السلطة".

عدوى التظاهر والاحتجاج التي انطلقت شرارتها من العالم العربي انتشرت كبقعة الزيت في إسبانيا حيث جسدتها اعتصامات ومسيرات "الإندينيادوس"، "الناقمون"، في ساحة لا بويرتاً ديلصول في مدريد، والمشادات المنتظمة والعنيفة بين العمال وقوات الأمن ضد الخطط التقشفية القاسية قبل أن تمتد إلى الولايات المتحدة الأمريكية حيث نجحت حركة "احتلوا وول ستريت" في تعبئة الجماهير الغاضبة من استبداد أسواق المال وجشع رأس المال المالي للمطالبة بالتغيير الجذري.

عن موقع أورو - نيوز، ديسمبر 2011

DOCUMENT 2

تونسيون ومصريون إلى دبي... خوفاً من المجهول

دبي - نيفين أفيني

ملصقات ثورة 25 يناير وبعض بوسترات البرادعي. هذا ما حمله كريم ومنى اللذان غادرا مصر بعد سقوط نظام حسني مبارك، متوجهين إلى دبي. «الفوضى ثم الفوضى ثم الفوضى! هذه هي حال مصر اليوم. كنت أحلم بمصر جديدة، ولكن المجلس العسكري اغتصب ثورتنا»، يقول كريم متألماً لوضع بلده «أم الدنيا» بعد الثورة. لم يتحمل كريم ومنى اللذان تزوجا يوم سقوط مبارك، ما آل إليه الوضع المعيشي في مصر. وعلى رغم أنهما خيماً في ميدان التحرير وتعرض كريم لضرب مبرح من الأمن خلال محاولات الشباب إسقاط النظام، لم يفرحا

بإنجازات ثورة مصر، التي لا تزال نتائجها محل جدل في مدى نجاحها. والمجيء إلى دبي حيث الأمان وفرص العمل لا تنقطع، كان أفضل خيار لهما.

[...] فالآلاف من الشباب المصريين والتونسيين غادروا بلادهم على رغم مشاركتهم في الثورات التي أسقطت الأنظمة، ولكل منهم أسبابه التي تعللها ظروفه الشخصية وخوفه من مستقبل مجهول، وحاضر لم يكن يتوقعه حين كان يتظاهر ويهلل وينادي بسقوط النظام.

ويكاد يكون الخوف من صعود التيارات الإسلامية عاملاً يشاركه شباب مصر وتونس بعد الثورة. يقول رافي الذي غادر مدينته سوسة قادماً إلى دبي ولا يزال يبحث عن عمل: «صدمت حقاً بوصول راشد الغنوشي إلى السلطة في تونس. من كان يتوقع أن يحكمنا الإسلاميون؟ نحن الدولة العلمانية الوحيدة في العالم العربي! عندما تظاهرننا وحاول النظام قمعنا لم نكن نرى هؤلاء الإسلاميين... من أين ظهروا؟ أكاد أفقد صوابي!». وعلى رغم تأكيد الغنوشي عدم المس بالحريات العامة التي اكتسبها التونسيون خلال عشرات السنين، والحفاظ على مكتسبات المرأة التونسية، إلا أن مواطنيه خانفون على مستقبلهم وخصوصاً النساء اللواتي كن دائماً كبش محرقة الأحزاب السلفية.

حسناً، واحدة من النساء الخائفات من تسلّم الإسلاميين السلطة في البلاد. تقول: «أنا مسلمة، وأمارس عقائدي الدينية كافة، أصوم وأصلي. ولكن أخاف أن يقلل الحكم الإسلامي من حريتي الشخصية كمرأة. أخاف أن يمنعني من ارتداء ملابس البحر، وأخاف من أن يسمح الحكم الجديد بتعدد الزوجات، وهو ما لا أستطيع تحمله على الإطلاق. فقررت أن أترك البلاد قبل أن يتسلم الحكم من لا أقبّلهم».

ولا تبدو حسناً سعيدة بخيارها هذا على الإطلاق. وتقول: «ساهمت في إسقاط بن علي، ونزلت إلى الشوارع إلى جانب الشباب، حيث تعرضنا لمحاولات قمع عديدة. وفقدت جزءاً من أسرتي وأصدقائي في أعقاب حكم بن علي. ولكنني حزينة جداً اليوم. لم أستطع الاستمتاع بطعم الحرية والاستقرار في تونس». ومع سقوط مبارك وبن علي، برزت لحيّ كثيرة على شاشات التلفزة. وكثر أولئك الذين ينادون بالعودة إلى الحكم الإسلامي، ملوحين بأن «الإسلام هو الحل».

«أنا قبطية»، تقول سلمى، وتضيف: «كيف سأتعایش مع محيط لا يريد الاعتراف بي؟ لقد كان وضعنا أفضل بكثير أيام الرئيس مبارك». وسلمى لم تستطع أن تتعایش مع الوضع الأمني «المزري» كما تصفه في القاهرة. وتقول: «شهدت أسوأ أيام حياتي خلال الاحتجاجات في القاهرة. وشعرت بأن المكان لم يعد يحتوي عليّ ويحميني بعد أحداث ماسبيرو، فقررت الرحيل».

إلى دبي كانت وجهة سلمى. المدينة التي تحتوي الجميع على اختلافاتهم الكثيرة. ولا ينطبق الخوف من الإسلاميين على أقباط مصر فحسب. فكثيرون من اليساريين والناشطين في هيئات المجتمع المدني والمتقنين والشباب الليبراليين يتخوفون من وصول الإخوان المسلمين إلى السلطة بل ويتوقعون ذلك قريباً. ويقول سامح الذي أعلن عبر فائسبوك مغادرته مصر فور توقيع عقد عمل مع شركة علاقات عامة في دبي: «هم الحزب الأكثر تنظيماً في مصر اليوم. لقد عملوا في ظل الدولة وهم الوحيدون الذين تعایشوا مع الحكم السابق على علله التي لم يتقبلوها». ويضيف: «رفضنا لاستلام الإخوان الحكم في مصر لا يعني مطلقاً أنني أشد عن ديني وهو الإسلام. ولكنني لا أقبّل حكم الإيديولوجيات. نحن نريد حكماً ليبرالياً يكون لجميع المصريين مهما اختلفت معتقداتهم الدينية والفكرية. أنا في قمة الحزن. أشعر بأن مصر تذهب إلى الهاوية، فالوضع خطير جداً. ويبدو أن أيام الذل التي قضيتها في السجن أثناء الاحتجاجات والتي نجحت في إسقاط مبارك، لم تؤت ثمارها». هؤلاء وغيرهم نادوا بإسقاط النظام ونجحوا. لامهم كثيرون على الطريقة وصرخ بهم آخرون بضرورة توفير بديل عن أنظمة عملت بنجاح على قمع أي حركة فكرية لا تتناسب مع وجودها. لكن شباب مصر وتونس أصرروا ونجحوا في خلع جلاباب آبائهم. لكن الفوضى التي زرعتها أنظمتهم السابقة نجحت في إبعادهم عن الحرية والاستقرار فغادروا منابر الاحتجاج ثواراً من دون ثورة.

عن موقع الحياة 05 ديسمبر 2011

مخاوف تونسية على حرية الإعلام

طلبت النقابة الوطنية للصحفيين التونسيين أعضاء المجلس الوطني التأسيسي والحكومة المرتقبة بضرورة تضمين الدستور الجديد مبدأ "حرية الصحافة والتعبير والإبداع دون تقييدها".

وقالت النقابة في بيان لها إن قطاع الإعلام في تونس يتعرض لتجاوزات "تستهدف استقلاليته وحياده"، مشيرة إلى محاولة بعض الأطراف السياسية والإعلامية فرض وصاية جديدة على القطاع وتوجيهه نحو خدمة أهداف سياسية، وفق تعبير النقابة.

وذكرت أن بعض الأطراف السياسية و"اللوبيات المالية" تعمل على استغلال حالة الفراغ القانوني والتشريعي التي تعيشها بعض المؤسسات مثل إذاعة الزيتونة الدينية.

وأشارت النقابة الوطنية للصحفيين التونسيين إلى أنها سجلت في الآونة الأخيرة تعمد عدد من رؤساء المؤسسات الإعلامية انتهاك الحقوق المادية والمعنوية للصحفيين والإعلاميين "في خرق واضح للقوانين المنظمة للقطاع"، مستنكرة تكرار التهديدات والاعتداءات على الصحفيين أثناء مباشرة عملهم.

ودعت في بيانها الصحفيين إلى "الوقوف صفاً واحداً بحمل الشارة الحمراء يوم الاثنين 12 ديسمبر/كانون الأول في كل المؤسسات الإعلامية تنديداً بالانتهاكات والتهديدات وتضامناً مع الصحفيين في قناة "حنبعل" إثر تراجع صاحب القناة عن اتفاقه مع النقابة وتجميده عمل بعض الصحفيين وإيقاف عقود عمل البعض الآخر واتهام مجموعة ثالثة بتهمة التحريض على الإضراب "استعداداً لإحالتهم على القضاء"، حسب ما قال البيان.

حقوق الإنسان

وفي سياق متصل من المقرر أن تسلم الرابطة التونسية للدفاع عن حقوق الإنسان، يوم السبت مذكرة أولية إلى رئيس المجلس التأسيسي التونسي مصطفى بن جعفر بشأن الحقوق والحريات التي يجب أن يضمنها الدستور الجديد للبلاد لتوزيعها على النواب.

كما ستعقد فروع الرابطة لقاءات جهوية مع نواب الجهات بالمجلس التأسيسي عن أهمية دسترة حقوق الإنسان، إلى جانب بعث تنسيقية بين الرابطة والجهات والجمعيات المهتمة بحقوق الإنسان من أجل متابعة النقاشات في المجلس التأسيسي في هذه المسألة.

ويأتي ذلك في إطار احتفالات تقيمها الرابطة التونسية للدفاع عن حقوق الإنسان يوم السبت بالذكرى الـ63 للإعلان العالمي لحقوق الإنسان تحت شعار "من أجل دستور ضامن لحقوق الإنسان".

وأوضح رئيس الرابطة عبد الستار بن موسى في تصريحات صحفية أن البرنامج الذي تم إعداده للغرض ويمتد على كامل شهر ديسمبر يتضمن بالخصوص تظاهرات علمية في الجهات إلى جانب طبع الإعلان العالمي لحقوق الإنسان واتفاقية القضاء على جميع أشكال التمييز ضد المرأة، بغرض توزيعهما على المعاهد وذلك بالتعاون مع وزارة التربية.

موقع الجزيرة، 14 ديسمبر 2011

Vous rédigez en espagnol et en 400 mots une synthèse des documents proposés. Vous indiquerez avec précision à la fin de votre synthèse le nombre de mots qu'elle comporte. Un écart de 10% en plus ou en moins sera accepté. Votre synthèse comportera un titre comptabilisé dans le nombre de mots.

DOCUMENT 1

Más críticos con la jerarquía

Decidir qué noticias son importantes y qué asuntos merecen ser contados a los lectores es una de las funciones esenciales del periodismo. La selección de las noticias y su ordenación en el espacio conforman una jerarquización de la realidad y la forma de presentarlas define el marco conceptual desde el que esa realidad debe interpretarse. El periodismo ha ejercido durante muchos años este papel prescriptor sin que los lectores tuvieran muchas oportunidades de comparar ni expresar sus preferencias. Se suponía que al comprar el diario, los lectores expresaban una aceptación tácita de la forma en que ejercía esa función y en esa confianza se basaba la relación de fidelidad. Internet ha trastocado por completo este escenario. Para empezar, los lectores pueden ahora acceder fácilmente a las fuentes originales y comparar qué noticias dan otros medios y cómo las dan. Tienen, por tanto, más elementos de juicio para cuestionar la forma en que el diario ejerce su función prescriptora. Y lo hacen cada vez con más frecuencia.

Buena parte de las llamadas o cartas que recibo son de lectores que se dirigen a la Defensora para cuestionar decisiones editoriales o para expresar su desacuerdo con la valoración de una noticia. Muchas de estas quejas son por omisión. Son de lectores que [...] consideran que el diario no ha dado importancia a una noticia que ellos piensan que la tenía [...] Algunas quejas aluden directamente a la jerarquización. Lidia Fernández Montes, "lectora de *El País* desde los 14 años", escribe: "Me ha causado bastante malestar el tratamiento dado a la noticia del atentado sufrido por Norma Andrade, activista mexicana contra los feminicidios. El tratamiento informativo es correcto, pero no creo que sea así la jerarquía que ocupa". Considera que no debió situarse en la sección de Sociedad, sino en la de Internacional, donde se habría ubicado si la víctima hubiera sido un activista masculino, [...] Efectivamente, unos días más tarde, el caso de Andrade se incluía en un reportaje publicado en Internacional sobre la persecución de activistas en México.

Algunos lectores nos critican por exceso de ciertos contenidos [...] Otros lectores, en cambio, nos critican porque echan de menos otros temas. Juan Rivero, por ejemplo, considera que faltan contenidos científicos. Los titulares y la forma de presentar las noticias son también cuestionados con frecuencia [...]

Federico Revilla critica también la forma en que se ha presentado la alocución navideña del Rey. Y en concreto el titular "El Rey muestra gran preocupación por el daño a la corona del caso *Urdangarin*", cuando, según el lector, "no ha habido en sus palabras ni expresión de dicha preocupación, ni mención de daño alguno, ni mucho menos alusión directa a la persona ni las actividades de Urdangarin" [...]. En este ejemplo, los lectores no sólo podían escuchar cuando quisieran el discurso del Rey, sino que podían ver fácilmente en su ordenador el tratamiento que había recibido en otros diarios. Ese día, la mayor parte de diarios destacaba en portada una frase textual del Rey, la de que "la justicia es igual para todos". Sólo *El País* y *El Mundo* hicieron un titular muy interpretativo.

Los expuestos son algunos ejemplos recientes de cómo los lectores enjuician las decisiones editoriales. Cada lector dispone ahora de elementos de juicio como para hacerse su propia jerarquización de la realidad. Y cuando ésta no coincide con la que le ofrece el diario, la cuestiona. Por lo que he podido comprobar, los lectores se muestran especialmente irritados

cuando hacemos interpretaciones que consideran excesivas o que no están suficientemente amparadas en los hechos o las palabras. También cuando consideran que les faltamos al respeto, por ejemplo, publicando hasta cuatro versiones distintas de la misma frase supuestamente textual. [...]

Milagros Pérez Oliva, *El País*, Madrid, 31/12/2011

DOCUMENT 2

Cómo influyen las redes sociales en el periodismo.

Los profesionales de industrias o áreas que tienen su base en la Comunicación, como el «marketing», la publicidad, los medios de comunicación, etc. tienen muy claro (o deberían hacerlo) que la forma en la que desempeñan su trabajo está en un momento de transformación profunda. El periodismo, por ejemplo, está cambiando en tres aspectos: el acceso a más (y mucho más inmediatas) fuentes de información, la participación de los usuarios en general y el modelo de negocio. Los medios de comunicación están viendo cómo la forma en la que obtienen ingresos cambia rápidamente, y en su nueva definición las redes sociales ocupan un papel básico. Ninguna estrategia de difusión de contenido por Internet debería de olvidarse del «social media», ni siquiera los grandes nombres. *The New York Times* es el mejor ejemplo de cómo todo un gigante está buscándose a sí mismo en el nuevo panorama en el que nos vamos adentrando rápidamente.

El periodista y el «social media»

La influencia del «social media» en el periodismo abarca, incluso, la forma en la que se trabaja un contenido -en muchos casos desde el principio-, por lo que los periodistas deben ser también usuarios de las redes sociales. Una persona que no forma parte real, ya sea activa o pasivamente, en este tipo de servicios lo tiene muy difícil para entenderlos y, sobre todo, aprovecharlos adecuadamente. Las redes sociales como Twitter y Facebook se han convertido en un vehículo de distribución incomparable para la incalculable cantidad de contenido que hay en Internet, y de hecho han ocasionado la creación de más vídeos, textos, blogs, fotografías, infografías, etc. Pero también han establecido nuevas reglas, como los 140 caracteres de Twitter o la necesidad de crear titulares con capacidades «virales».

La comunidad

Los movimientos de protesta que han recorrido diferentes países y continentes desde el año pasado dejaron de manifiesto que aunque algunas noticias estén fuera de los medios de comunicación, los usuarios tienen herramientas para hacerlas llegar a la opinión pública gracias a que, mediante las redes sociales, han formado comunidades. Los lectores de hoy en día, y sin duda los telespectadores también, han ganado con Internet una jerarquía mucho más importante que la que tenían con el modelo tradicional de «emisor, mensaje, receptor». Ahora el receptor también es participante, opina y hasta puede ser emisor. *The New York Times*, anunció recientemente una serie de cambios en su sistema de comentarios, que tienen el objetivo de fomentar la participación de los lectores para generar lazos con ellos, es decir formar una comunidad parecida a las de las redes sociales.

www.abc.es 2/01/2012

DOCUMENT 3

De periodismo y redes sociales

Las redes sociales son una gran pasarela global que ya trascendieron su rol inicial de mostrar y mostrarse. Por otra parte, en una Cumbre Mundial de Editores, organizada por la Global Editor Network, realizada la semana pasada en Hong Kong, se abordó el desafío de los medios tradicionales ante las nuevas formas de interactividad con las audiencias. Como toda innovación, las redes disparan especulaciones diversas. Es en particular interesante analizar su rol de complemento, y hasta eventual sustituto de los medios de comunicación tradicionales. Los adherentes más encendidos pregonan que más temprano que tarde se cobrarán su primera víctima en los diarios de papel, a los que ya dan por difuntos.

“*Si no está en Facebook, no existe*”, dicen los más convencidos, quienes le atribuyen a las redes la virtud de haber cambiado las reglas de la comunicación: ya no hay un medio como emisor exclusivo de contenidos, sino incontables emisores simultáneos, tantos como los usuarios se propongan. La comunicación, dicen, ya no es vertical y lineal, sino horizontal y envolvente.

Del otro lado, presumen que ese alud¹ de mensajes, caótico y anárquico, es más ruido que comunicación.

Más diversidad, siempre bienvenida, que contenidos, imprescindibles para informar y comunicar con sentido. El fenómeno no debería soslayarse, aunque convendría no apresurarse en los pronósticos. Algo es altamente probable, cada vez que se habla de horizontalidad, del cambio de paradigma de la comunicación, del ocaso² de los diarios y con ellos del periodismo tal y como lo conocimos en el siglo XX, ciertos gobiernos y políticos descorchan champán. Es que ese escenario es funcional a la prédica que deslegitima al periodista profesional, a los medios como empresas de noticias y, sobre todo, a la función crítica que le cabe al periodismo en la sociedad, un actor siempre incómodo para el poder.

Oswaldo Pepe, *Clarín*, Buenos Aires, 5/12/2011

¹ Una avalancha.

² La decadencia.

ITALIEN

Vous rédigez en italien et en 400 mots une synthèse des documents proposés. Vous indiquerez avec précision à la fin de votre synthèse le nombre de mots qu'elle comporte. Un écart de 10% en plus ou en moins sera accepté. Votre synthèse comportera un titre comptabilisé dans le nombre de mots.

DOCUMENT 1

Lampedusa, nuovi sbarchi in mattinata. E il turismo sull'isola resta sofferente

Negli ultimi due giorni sono almeno 2000 le persone che hanno percorso i 100 km che separano il nord Africa da Lampedusa. Tre i dispersi, mentre un barcone con 200 profughi, partiti due giorni fa dalla Libia, è approdato questa mattina nel molo di Cala Pisana dove stava per salpare il traghetto con gli immigrati diretti a Porto Empedocle. Secondo i dati del ministero dell'Interno, nel 2003, erano arrivati a Lampedusa 8.800 migranti: un dato che negli anni è andato crescendo (ad eccezione del 2007 con 11.749 profughi), arrivando nel 2011 a superare quota 40.000. Come ha riferito alla Camera lo scorso 3 agosto il sottosegretario all'Interno, Sonia Viale, "dall'inizio di quest'anno sono complessivamente sbarcati nelle isole Pelagie 44.639 immigrati, rispetto ai 205 dello stesso periodo dell'anno precedente".

Per chi arriva dall'Africa, Lampedusa è la porta d'ingresso all'Europa. [...] Per l'ultimo episodio, che ha portato alla morte di 25 persone, i sei presunti scafisti del barcone sono stati portati nel carcere di Agrigento: su due pende l'accusa di omicidio. Le immagini dei cadaveri, avvolti nei teli blu e adagiati sul molo, hanno però fatto il giro del mondo: un biglietto da visita difficile da gestire per l'isola, che quando non deve affrontare un numero consistente di sbarchi, cerca di riprendersi i turisti ormai spaventati dalle notizie dei TG.

Per i turisti non è nemmeno così conveniente raggiungere l'isola: un biglietto di sola andata, ad agosto e settembre, da Milano costa in media 200 euro, 150 da Roma. Le tariffe scontate, a partire da 39 euro, che il ministro Brambilla prometteva pochi mesi fa per rilanciare il turismo dell'isola, sono invece quasi introvabili. A poco sono serviti sia gli spot istituzionali, in onda sulle reti Rai da aprile, sia le immagini dei tanti i personaggi noti che sono passati a Lampedusa. Da Berlusconi, che aveva annunciato di aver comprato casa a Lampedusa, a Bersani, da Angelina Jolie ai cantanti che arrivano ogni fine settembre per la manifestazione organizzata da Claudio Baglioni, O' Scià. Ma quando i riflettori si spengono, restano i problemi tipici di un'isola che vive di pesca e di turismo. I ragazzi dell'isola possono frequentare solo il liceo scientifico: come confida una docente "il livello è piuttosto basso e il tasso di abbandono elevato". Non c'è un istituto professionale, un istituto alberghiero che formi il personale per ristoranti e hotel, né una scuola navale.

Francesca Martelli, *Il Fatto Quotidiano*, 16 agosto 2011

DOCUMENT 2

Studenti stranieri. È nato in Italia quasi uno su due

MILANO – Nell'ultimo anno scolastico il 42,1 per cento degli studenti che non ha la cittadinanza italiana è nato in Italia. Un bel salto rispetto a tre anni fa, quando erano il 34,7%. Nelle scuole dell'infanzia, poi, il numero quasi raddoppia: 78,3%. «Diventa sempre più difficile usare la parola "stranieri" - osserva Vinicio Ongini, della Direzione generale dello studente al ministero, uno dei responsabili del rapporto -: in Lombardia il dato sale addirittura al 48 per cento». Sorridono i ragazzi della Rete G2-Seconde generazioni: un argomento in più a sostegno della campagna in corso per una legge sulla cittadinanza che riconosca come italiano chi è nato nei nostri confini, introducendo lo *ius soli*. Non si parla di boom di alunni stranieri, però, avverte Ongini. Al contrario, l'aumento complessivo frena, in modo anche più visibile di quanto si era già registrato per gli adulti. Gli studenti non italiani sono 711.064 (il 7,9 per cento del totale), dieci volte di più rispetto a 15 anni fa. Ma se fino al 2008 si sono moltiplicati al ritmo di 60-70 mila all'anno, nell'ultima tornata i nuovi ingressi sono stati «solo» 38 mila. Significa meno arrivi e più partenze: «Da una parte è effetto della crisi - continua il ricercatore - dall'altra alcuni nuclei familiari tornano ai Paesi d'origine, per esempio in Romania o in Albania, dove c'è una leggera ripresa». Romeni e albanesi restano comunque i più numerosi in classe, seguiti da marocchini e cinesi. A sorpresa, però, subito dopo arrivano i bambini moldavi, effetto dei ricongiungimenti chiesti da colf e badanti. [...]

Gli ultimi iscritti, quelli che arrivano in Italia in fasi delicate come l'adolescenza, inseriti spesso in classi inferiori all'età anagrafica, sono il segmento più fragile - avvertono i ricercatori - quello che avrebbe bisogno di maggiore attenzione: ma sono solo il 5 per cento. Un dato assorbito nel conto degli alunni stranieri con ritardo scolastico: il 70 per cento alle superiori contro il 20 degli italiani. «Fenomeno spesso legato al percorso migratorio più che a una cattiva riuscita» spiega Mariagrazia Santagati, curatrice del rapporto per l'Ismu. Certo, il divario con i figli di italiani è significativo, anche nelle promozioni: «I bocciati stranieri sono il doppio, il 30 per cento». La professoressa Santagati s'è dedicata soprattutto ai dati che riguardano la scuola secondaria di secondo grado, traendone due considerazioni essenziali. La prima: i figli dei migranti stanno crescendo, in un anno 10 mila si sono iscritti alle superiori, anche se sono ancora solo il 5,8 per cento del totale (restano quindi concentrati tra elementari e medie). La seconda: la grande maggioranza frequenta un istituto tecnico o professionale, solo il 18,7 per cento (soprattutto ragazze) va al liceo (contro il 43,9 degli italiani). Spesso su consiglio dei docenti, in molti casi nella speranza di un più rapido accesso al mondo del lavoro. Infine, qualche sorpresa dalla distribuzione geografica. Se il record nei numeri è della Lombardia (il 24,3 per cento degli studenti non ha la cittadinanza italiana), guardando alle province le incidenze maggiori (cioè le percentuali più alte sul totale) si registrano a Piacenza, Prato, Mantova, Asti e Reggio Emilia. «C'è una tendenza a parlare dei quartieri delle grandi città - riflette Ongini -: questo rapporto sposta l'attenzione su un'altra Italia, fatta di paesi anche piccoli. E aiuta a dare un quadro più equilibrato».

Alessandra Coppola, *Il Corriere della Sera*, 25 ottobre 2011

DOCUMENT 3

Immigrati, Napolitano: "Cittadinanza ai bambini". La Lega: "Così si stravolge la Costituzione"

ROMA - A pochi giorni dalla nascita del governo Monti, il capo dello Stato, Giorgio Napolitano, affronta con decisione uno dei temi che, risollevato da Bersani durante la dichiarazione di fiducia al nuovo esecutivo, aveva suscitato dure polemiche da parte di Lega e Popolo della Libertà: la cittadinanza ai figli di immigrati nati in Italia. "Mi auguro che in Parlamento si possa affrontare anche la questione della cittadinanza ai bambini nati in Italia da immigrati stranieri. Negarla è un'autentica follia, un'assurdità. I bambini hanno questa aspirazione", ha detto Napolitano durante l'incontro al Quirinale con la Federazione delle chiese evangeliche. [...]

Bersani e gli immigrati: "Cari leghisti, abbiamo centinaia di migliaia di figli di immigrati che pagano le tasse, vanno a scuola e parlano italiano e che non sono né immigrati né italiani, non sanno chi sono. È una vergogna", aveva detto il segretario del Partito democratico, Pier Luigi Bersani, alla Camera durante la dichiarazione del voto di fiducia a Monti. L'intervento, contestato dai banchi della Lega anche in Aula, aveva scatenato le reazioni polemiche anche dei vertici del Popolo della libertà.

Il no di Lega e Popolo della libertà - "La vera follia sarebbe quella di concedere la cittadinanza basandosi sullo *ius soli*³ e non sullo *ius sanguinis*,⁴ come prevede invece oggi la legge - dice oggi l'ex ministro Roberto Calderoli, coordinatore delle segreterie nazionali della Lega Nord. La Lega su questa materia è pronta a fare le barricate in Parlamento e nelle piazze. E non vorrei che questa idea altro non sia che il "cavallo di Troia" che, utilizzando l'immagine dei "poveri bambini", punti invece ad arrivare a dare il voto agli immigrati prima del tempo previsto dalla legge...". Ancora più dure le parole di Roberto Maroni. Secondo l'ex ministro dell'Interno, un intervento per dare la cittadinanza ai figli di stranieri sulla base del principio dello *ius soli* "sarebbe uno stravolgimento dei principi contenuti nella Costituzione". E la Lega, aggiunge, "è fermamente contraria".

Nessun margine di trattativa neanche dall'area dei "falchi" del Popolo della libertà: "Non si possono affrontare le leggi sulla cittadinanza a spallate e con semplificazioni che francamente rischiano di complicare e non di semplificare la vicenda - dice il capo dei senatori, Maurizio Gasparri - . Non è una follia che in Italia viga il principio dello *ius sanguinis* e non quello dello *ius soli*. E' così in tante parti del mondo. Ci si può confrontare, si può discutere ma siamo in tanti a ritenere assolutamente inopportuno passare al regime di *ius soli*, riconoscendo la cittadinanza a chiunque nasca in Italia. Questa sì che sarebbe una scelta assurda, che il Parlamento non farà". [...] Lapidario Fabrizio Cicchitto: "Il tema della cittadinanza è fuori dall'agenda del governo e ci auguriamo che non ci siano forzature perchè altrimenti anche noi proporremo altri temi come la giustizia e le intercettazioni che sono fuori dall'agenda economica del governo". Del resto, ricorda Cicchitto, "il tema è già stato sollevato dal Partito democratico in Parlamento e c'è stato dissenso. Porre ora un argomento sul quale c'è il dissenso del Popolo della libertà significa ostacolare la vita del governo", conclude.

La Repubblica, 22 novembre 2011

³ Droit du sol

⁴ Droit du sang

PORTUGAIS

Vous rédigez en portugais et en 400 mots une synthèse des documents proposés. Vous indiquerez avec précision à la fin de votre synthèse le nombre de mots qu'elle comporte. Un écart de 10% en plus ou en moins sera accepté. Votre synthèse comportera un titre comptabilisé dans le nombre de mots.

DOCUMENT 1

Lei do Tabaco

Restaurantes surpreendidos com intenção do Governo

A secretária-geral adjunta da Associação de Hotelaria e Restauração e Similares mostrou-se hoje surpreendida com a intenção do Governo em endurecer a lei do tabaco em espaços públicos e já pediu uma audiência no Ministério da Saúde.

O Diário de Notícias revela na sua edição de hoje que o Governo quer "apertar mais a Lei do Tabaco para reduzir as exceções que ainda permitem o fumo em locais públicos (restaurantes, bares, discotecas, etc)".

O secretário de Estado da Saúde, Fernando Leal da Costa, disse ao jornal que a "legislação vai ser revista, possivelmente ainda este ano, seguindo países mais avançados".

Em declarações à agência Lusa, a secretária-geral da Associação de Hotelaria e Restauração e Similares de Portugal (AHRESP), Ana Jacinto, disse ter ficado "estupefacta e muito preocupada" com a notícia.

"As avaliações que têm sido feitas à aplicação da lei revelam que está tudo muito sereno. A lei foi bem aceite e está a funcionar quer do ponto de vista do consumidor quer do ponto de vista dos empresários, está tudo estável e é com grande estupefação que fomos surpreendidos com esta intenção do Governo", afirmou.

Ana Jacinto lembrou que o diploma teve vários constrangimentos no início (01 de janeiro de 2008), muito "por culpa da desinformação" que se gerou na altura.

"Nós, AHRESP, tivemos muito trabalho a dar formação aos empresários, a fazer sensibilização e hoje em dia podemos dizer que esta matéria está estável, apesar de muitos empresários não terem conseguido ainda amortizar os investimentos que tiveram de fazer para adaptar os seus espaços", contou.

Na opinião de Ana Jacinto, esta intenção do Governo é "completamente inusitada" num momento em que o setor está a sofrer grandes dificuldades.

"Estamos a ser massacrados com muitos custos. Há cinco dias levámos com a machada do aumento do IVA e agora vem esta intenção do Governo que é a gota de água em cima de um setor de atividade tão importante para a nossa economia e que terá ainda mais prejuízos", disse, acrescentando que a associação já pediu uma audiência com o secretário de Estado para esclarecer o assunto.

A responsável salientou que não está em causa a salvaguarda dos direitos do não fumador pois a associação sempre defendeu e "esteve do lado do Governo" nessa matéria. "O que não podemos é estar nesta guerra incessante de proibição total do fumo. O público escolhe onde entra e nós temos um mercado a funcionar bem. Têm de haver locais para fumadores e não fumadores", concluiu.

Por: Lusa 06.01.2012 www.dn.pt

DOCUMENT 2

Tabaco: Governo quer proibir consumo em todos os espaços públicos

Restaurantes contra nova lei

O Governo quer proibir totalmente o fumo nos locais públicos, nomeadamente em bares e restaurantes onde até agora era possível a existência de locais próprios para fumadores, desde que a sua área fosse superior a 100 metros quadrados e que esses locais não ocupassem mais de 30 por cento da área total.

A secretária-geral da Associação de Hotelaria e Restauração e Similares de Portugal (AHRESP), Ana Jacinto, garante que foi com "estupefação" que recebeu esta notícia de eventual alteração à lei. Segundo Ana Jacinto, a ideia "não pode ter surgido por a lei de 2008 estar a falhar". Pelo contrário, "a lei é aceite e está a ser cumprida", e por isso "não se compreende o avanço para uma medida mais restritiva", refere. A responsável da AHRESP relembra o recente aumento do IVA, "cujas consequências apontam para o encerramento de mais de 21 mil estabelecimentos e para a extinção de 47 mil postos de trabalho".

Em declarações ao CM, o diretor-geral da Saúde, Francisco George, sublinha que "há um programa de prevenção e controlo do tabagismo que está entre oito considerados prioritários" e que tem como objetivo "reduzir a exposição dos portugueses ao tabaco".

Francisco George acrescenta que esse objetivo surge aliado a outro, que "é reduzir a morte antes do tempo, uma vez que um em cada quatro portugueses morre antes dos 70 anos".

SALA CUSTOU OITO MIL EUROS

Francisco Silva, proprietário do restaurante O Cozinheiro, em Sines, não resistiu às alterações impostas pela Lei do Tabaco. Há dois anos, investiu oito mil euros no seu estabelecimento para criar uma sala para fumadores. "Não me arrependo, apesar dos elevados impostos que pago à autarquia. Agora, se quiserem acabar com o fumo no restaurante, agarro no dístico e meto-o na rua", refere.

A intenção do Governo pode levar alguns clientes a afastarem-se da restauração. Francisco espera que essa situação não se reflita no seu estabelecimento. "Pode acontecer, mas acredito que a maioria dos clientes irá continuar a frequentar os mesmos espaços. Muitos fumadores até se levantam das mesas para fumar na rua", explica

Por: Sónia Trigueirão/H.N. 07.01.2012 ***Correio da Manhã., www.cmjornal.pt***

DOCUMENT 3

Saúde

Estudo aponta para a proibição de fumar à porta de cafés, bares e restaurantes

Uma investigação coordenada pela Faculdade de Medicina de Lisboa e financiada pela Direção-Geral de Saúde determina o fim das exceções no combate ao consumo de tabaco.

O maior estudo realizado em Portugal sobre o impacto da lei do tabaco no setor da restauração e similares aponta para necessidade de tornar a legislação ainda mais restritiva, acabando de vez com o fumo naquele tipo de estabelecimentos. E traz uma novidade - a indicação de que a proibição deve estender-se às áreas circundantes de bares, restaurantes, cafés e discotecas. "Basta estar uma pessoa a fumar do lado de fora, junto à porta de um bar, para aumentar o nível de exposição ao fumo de quem está no interior", explica a coordenadora da equipa de investigação, Fátima Reis.

Apesar de não poder divulgar todos os dados relativos ao estudo - por este ainda não ter sido publicado - a investigadora do Instituto de Medicina Preventiva da Faculdade de Medicina de Lisboa, Fátima Reis, sublinha que ele não deixa dúvidas sobre a necessidade de acabar com as exceções. Feito com base numa amostra de 806 estabelecimentos dos concelhos onde se localizam as capitais de distrito do continente, a investigação permitiu concluir que em mais de um quarto daqueles lugares (26,2 %) ainda é possível fumar. E também que é nesses, precisamente, que se verifica o maior incumprimento da lei

Do grupo dos estabelecimentos cujos proprietários optaram pela permissão do fumo ou pela criação de zonas para fumadores, destacam-se as discotecas, bares e pubs (70% contra 30% que decidiram não o fazer), seguidos dos cafés e pastelarias (30%) e dos restaurantes (15%).

Má colocação de dísticos

A incorreta colocação de dísticos foi dos problemas detetados, mas as situações mais graves prendem-se com outras questões que fazem crer que "é impossível cumprir a lei", assinala Fátima Reis. Segundo o estudo financiado pela Direção-Geral da Saúde, no momento da visita dos investigadores só em 40% dos espaços com zonas de fumo foi observável algum tipo de ventilação em funcionamento. Para além disso, em 25%, havia pessoas a fumar fora daquela área e em mais de 30% cheirava a tabaco em todo o estabelecimento. Só em 7% dos estabelecimentos em que é proibido fumar foram vistas pessoas a fazê-lo.

A dificuldade em de criar zonas livres de fumo, contudo, não reside apenas no que se passa dentro dos espaços de restauração. Fátima Reis sublinha que no momento da visita aos locais foi constatado que em 26% dos casos havia pessoas a fumar à distância de cerca de um metro da porta. Em 40% destas situações foi observada entrada de fumo no estabelecimento.

Adesão do setor

É este conjunto de fatores que leva a que os restaurantes e estabelecimentos similares em Portugal estejam longe de ser locais sem fumo, apesar da adesão do setor à proibição (perto de 75%), sublinha a investigadora. Aponta que os valores medianos da concentração de nicotina no ar interior dos estabelecimentos registados durante a investigação variaram entre os existentes nos espaços em que é proibido fumar (0,24 micrograma por metro cúbico) e aqueles em que é permitido fazê-lo (7,03 ug/m³). Nas casas com zonas de fumo o valor mediano registado foi 2,54 ug/m³. Em valores absolutos o doseamento da nicotina no ar interior atingiu máximos de 116,67 ug/m³ nas discotecas, bares e pubs; de 41,57 ug/m³ nos cafés e pastelarias, e de 10,40 ug/m³ nos restaurantes.

Segundo Fátima Reis, os resultados do estudo evidenciam que "só a proibição de se fumar em todos os espaços do setor da restauração e similares" pode resolver o problema de saúde pública que está criado em Portugal. O facto "de o incumprimento da lei ser maior nos estabelecimentos em que é permitido fumar" permite-lhe concluir que "uma lei mais restritiva, terá uma elevada aceitação social".

- Por: Graça Barbosa Ribeiro 10.01.2012 – www.publico.pt

